

# Afghanistan „Fragen und Antworten“

## Unser vorrangiges Ziel

Heute und in den nächsten Tagen gilt es, unsere deutschen Staatsangehörigen und so viele ehemalige afghanische Ortskräfte wie möglich gemeinsam mit ihren Familien in Sicherheit zu bringen. Zusätzlich sollen auch Menschen- und Frauenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalisten und Kulturschaffende dazu gehören. Dies ist unser oberstes Ziel, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern. Denn für uns war immer klar: Wir haben eine Fürsorgepflicht für die Menschen, die für deutsche Einrichtungen im Ausland gearbeitet haben. Und diese endet nicht mit dem deutschen Abzug aus Afghanistan.

## Einschätzung der Lage in Afghanistan

Jegliche Prognosen müssen sich an der Realität messen lassen. Wir müssen feststellen, dass die Prognosen nicht zutreffend waren. Nicht nur wir, sondern auch die internationalen Partner und zahlreiche Afghanistan-Experten haben die Lage falsch eingeschätzt.

## Bewertung des deutschen Engagements in Afghanistan

Es gibt nichts zu beschönigen. Das ist ein bitterer Tag. Fast zwei Jahrzehnte haben viele intensiv daran gearbeitet, das Leben der Menschen in Afghanistan zu verbessern.

Es ist jedoch heute zu früh, um eine abschließende Beurteilung des Afghanistan-Einsatzes vorzunehmen. Bei der Komplexität und langen Geschichte des Engagements geht es darum, die Geschehnisse und die Ereignisse angemessen aufzuarbeiten.

Wir haben als Fraktion in einem im Juni verabschiedeten Positionspapier deswegen eine Gesamtevaluierung des zivilen, polizeilichen und militärischen Engagements in Afghanistan gefordert. Um unser Handeln zu bewerten und Lehren für die Zukunft zu ziehen, fordern wir dafür die Einsetzung einer Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages in der kommenden Legislaturperiode.

## Ausreise von Ortskräften

Seit klar war, dass sich auch Deutschland aus Afghanistan zurückziehen wird, haben wir beim zuständigen Bundesinnenministerium (BMI) darauf gedrängt, dass es praktische Lösungen für die Aufnahme für unsere Ortskräfte geben muss. Auf Druck der SPD kam es immerhin im Juni zur erheblichen Erweiterung und Beschleunigung der Verfahren zur Aufnahme von Ortskräften, indem beispielsweise die Zweijahresfrist aufgehoben und der Zeitraum für Anträge rückwirkend um Jahre erweitert wurde.

Im beschleunigten Verfahren wurden für über 2.400 Personen in vier Wochen Visa erteilt. Davon sind über 1.900 Personen, Ortskräfte mit ihren Familien, sicher in Deutschland eingereist.

Doch erst letzten Freitag wurden von Horst Seehofers Bundesinnenministerium die Voraussetzungen für die Durchführung von Charterflügen geschaffen. Über sieben Monate blockierte es eine praktikable Lösung für eine Ausreise per Charterflug, bei der benötigte Visa direkt bei der Ankunft in Deutschland erteilt werden können. Durch die Blockade des Innenministeriums ist leider viel zu viel Zeit vergangen. Auch die Innenministerkonferenz bat im Juni um eine Prüfung dieses Vorgehens. *(Ohne eine solche Lösung – „Visa-on-arrival“ - kann niemand auf einem Charterflug mitgenommen werden. Luftfahrtunternehmen machen sich regresspflichtig und müssen Passagiere auf eigene Kosten zurück transportieren, wenn kein Visum vorliegt).*

Darüber hinaus lagen bis Ende letzter Woche keine verlässliche Namenslisten der Ortskräfte aus dem Bereich des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) vor, auch jetzt sind die Listen nicht abschließend. Hier geht es u. a. um Mitarbeiter der GIZ oder der KfW in Afghanistan. Damit ist unklar, wer in diesem Bereich aktuell arbeitet und zum Kreis der Berechtigten gehört, wenn die Ortskräfte ausgeflogen werden sollen.

### **Antrag der Grünen „Verantwortung anerkennen – Gruppenverfahren zur Aufnahme afghanischer Ortskräfte einführen“**

Der Antrag der Grünen von April war keine gute Alternative. Eine massenhafte Abwanderung von gut qualifizierten Leuten aus einem jungen demokratischen Land ist gegenüber der Regierung und der Gesellschaft nicht akzeptabel gewesen. Ein Gruppenverfahren, das die Grünen damals gefordert hatten, war daher das falsche Instrument. So lange wir vor Ort waren, war die Gefährdungslage eine andere als jetzt. Pauschale Aufnahmen konnten wir daher zu dem Zeitpunkt nicht unterstützen.